

Sanktionen gegen Russland – Auswirkungen auf den Alltag in Deutschland

Im Februar dieses Jahres erfolgte der gewaltsame Einmarsch Russlands in die Ukraine, welcher mit Blick auf die Charta der Vereinten Nationen, die übrigens auch Russland anerkannt hat, gegen die territoriale Unversehrtheit und politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtet ist, was einen klaren Verstoß gegen das Völkerrecht darstellt. Die folgerichtigen, meist mehrheitlich geschlossenen Sanktionen des Westens haben teils langfristige Auswirkungen. Der geschäftsführende Gesellschafter der SCA Portfoliomanagement GmbH, Tobias Koch, erläutert auf Anfrage des Neutraublinger Anzeigers kurz die Folgen für den Alltag.

Derzeit bezieht die EU 40 % und Deutschland 50 % des Gasbedarfs aus Russland, welcher weiterhin mittels SWIFT-Überweisung bezahlt wird. Bei dieser Gelegenheit sei angemerkt, dass es durchaus mehrere Alternativen zum SWIFT-Code gibt. - Dies bedeutet übrigens nicht, dass der Transfervorgang dadurch teurer werden muss. Kurzum – die ausbleibenden SWIFT-Sanktionen gegen das russische Geldhaus Sberbank und die Gazprombank können eigentlich nicht mit der Notwendigkeit des SWIFT-Systems begründet werden. Dies sind immerhin die beiden größten Banken des Landes. Auslandszahlungen sind daher auch weiterhin für den Otto-Normalbürger möglich. Das Problem ist meist nur die Trägheit unseres Bankensektors und der Kosten-Nutzen-Aufwand für persönliche Anliegen in der aktuellen Niedrigzinsphase. Bereits in den letzten Tagen konnte man

an den Tankstellen oder mit Blick auf das Heizöl enorme Preissteigerungen feststellen. Durch die hohe Steuerlast in Deutschland wirkt sich dies im europäischen Vergleich entsprechend stark aus. Ursprünglich sollte durch eine Vereinbarung zwischen den USA und dem Iran die Wiederaufnahme des ungehinderten iranischen Öl-Exports für eine gewisse Entlastung sorgen. Nun steht der Raketenbeschuss eines US-Konsulats im Irak dem entgegen. Das Ausmaß der Abhängigkeit in der Energieversorgung ist nicht zu unterschätzen. Bei manchen Branchen sind die Auswirkungen größer als bei anderen. Beispielsweise ist eine Ziegelei an die vereinbarten Gaspreise gebunden und muss diese häufig 1:1 an den Abnehmer weitergeben. Da es im Prinzip drei Arten zur Preisfestsetzung am Rohstoffmarkt gibt, kann dies bereits kurzfristig oder spätestens mittelfristig auf diese Unternehmen zukommen. Der angehende Immobilienbesitzer wird dies mit höheren Aufschlägen vergüten müssen. Hinzu kommt, dass die neue Bundesregierung nun ab dem 24. Januar einen KfW-Förderstopp bis auf Weiteres erlassen hat. Das wird mittelfristig dazu führen, dass sich einen Hausbau immer weniger Personen leisten können und dadurch die Nachfrage sinkt. Gleichzeitig haben trotz der Kriegssituation die europäischen und amerikanischen Notenbanken Zinserhöhungen geplant, so dass die Kredittilgung schwieriger wird. Zukünftig wird es also beim aktuellen Preisniveau deutlich problematischer die aktuelle

Inflationsrate durch eine Immobilie decken zu können. Zwar wird es vermutlich noch eine Weile dauern bis sich dieser Effekt auch in unserer Region bemerkbar macht, aber man darf ja die Vergangenheit nicht vergessen: Von September 1981 bis Juni 2020 gab es in Deutschland bei Wohnimmobilien inflationsbereinigt einen Nullanstieg. Leider vergisst man dies aufgrund der Preisentwicklung der letzten Jahre oft. Ansonsten ist die Verflechtung mit Russland aus europäischer Sicht gering – in Zahlen 0,6 % des Eurozonen-BIPs. Daher kann man auch langfristig entsprechende Sanktionen aufrechterhalten. Bestimmte Sektoren, allen voran die Automobilindustrie, werden aber durch Lieferengpässe aus der Ukraine für längere Zeit gewisse Bänder stillstehen lassen müssen. Dies wird sich mittelfristig auch auf Neutraubling auswirken. Auch im Lebensmittelbereich wird es durch Exportstopps (z.B. Getreide) mit der Zeit zu Preissteigerungen kommen, die man an der Kasse beim wöchentlichen Einkauf spüren wird.

Derzeit arbeitet das Wirtschaftsministerium an einem Plan, die Energieversorgung auf andere Füße zu stellen und besonders betroffene Unternehmen durch Finanzpakete zu unterstützen. Denkbar sind auch Steuererleichterungen für die Bürger. Dennoch werden wir alle durch eine weiterhin hohe Inflationsrate die Kosten dieses Krieges gemeinsam tragen. Am ehesten dürfte mittelfristig der Aktionär sein Vermögen schützen und ausbauen können.

TOBIAS KOCH, SCA PORTFOLIO MANAGEMENT GMBH

SCA Portfolio
Management GmbH

**ES IST UNSER ANSPRUCH
JETZT UND FÜR IMMER**

... Sie langfristig mit Herz und Verstand als Vermögensverwalter und Family Officer des Vertrauens zu begleiten.



- Individuelles, permanentes und aktives Management von Wertpapierportfolios
- Immobilienbewertung
- Kostenlose Depotchecks
- Finanz- und Vermögensplanung
- Unternehmensnachfolgeplanung
- Gründung & Betreuung von Familienstiftungen sowie gemeinnützigen Stiftungen
- Gestaltung der Erbfolge in einfachen sowie komplexen Fällen
- Mediation
- Begleitung von Firmenverkäufen

SCA Portfoliomanagement GmbH · Erzgebirgstraße 6 · 93073 Neutraubling · Tel.: +49 [9401] 53 974-0 · E-Mail: office@sca-pm.de · www.sca-pm.de

„Unsere Kunden lieben unsere Ideen
und wir finden immer wieder neue Wege,
sie zu überraschen.“



ManhartMedia
KLASSISCHE UND NEUE MEDIEN